

# Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>VII</b>
<b>Abkürzungen .....</b>	<b>XXIII</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>XXIII</b>
<b>Materialien .....</b>	<b>XXXIX</b>

<b>A. Aktienkapital, Statuten und Gründung.....</b>	<b>1</b>
1. Aktienkapital.....	1
1.1 Mindestkapital.....	1
1.2 Die nachträgliche Einzahlung des nicht vollständig einbezahlten Kapitals.....	2
1.3 Aktienkapital in Fremdwährung.....	3
1.4 Aufbringen des Kapitals: Bareinlagen, Sacheinlage oder Verrechnung.....	7
1.4.1 Bareinlage .....	7
1.4.2 Sacheinlage.....	8
1.4.3 Verrechnung.....	11
1.5 Aufhebung der Bestimmungen über Sachübernahmen .....	11
1.5.1 Scheinliberierung/Fortbestand der Liberierungspflicht .....	13
1.5.2 Haftung des Verwaltungsrates .....	14
1.5.3 Rückforderungsklage der Gesellschaft nach Art. 678 OR .....	14
1.5.4 Wirksamkeit der Sanktionen.....	15
2. Statuten .....	15
2.1 Gesetzlich vorgeschriebener Mindestinhalt .....	15
2.2 Bedingt notwendiger Statuteninhalt .....	16
3. Gründung der Aktiengesellschaft.....	17
3.1 Gründungsakt in Form einer öffentlichen Urkunde .....	17
3.2 Gründervorteile.....	19
3.3 Gründungsbericht und Prüfungsbestätigung .....	20
3.4 Abschluss der Gründung durch Handelsregistereintrag .....	21
<b>B. Beteiligungspapiere: Namenaktien, Inhaberaktien, Partizipationsscheine und Vinkulierung .....</b>	<b>23</b>
1. Der Nominalwert von Beteiligungspapieren .....	24
1.1 Währung.....	24
1.2 Mindestbetrag .....	24
1.3 Aufteilung und Zusammenlegung von Aktien .....	24
1.3.1 Zusammenlegung nicht kotierter Beteiligungspapiere.....	25
1.3.2 Zusammenlegung von kotierten Beteiligungspapieren .....	26
2. Namen- und Inhaberaktien.....	27
2.1 Einschränkung der Inhaberaktien.....	27
2.2 Die Umwandlung von Inhaber- und Namenaktien.....	28
3. Partizipationsscheine.....	29
3.1 Die Rechte der Partizipanten.....	29
3.2 Die Schaffung von Partizipationsscheinen.....	31
3.3 Die Umwandlung von Aktien in Partizipationsscheine.....	31
3.4 Die Umwandlung von Partizipationsscheinen in Aktien.....	32
3.5 Quantitative Beschränkung des Partizipationsscheinkapitals .....	33

3.6	Die Rolle des Partizipationskapitals bei der Berechnung gesellschaftsrechtlicher Grenzwerte.....	35
3.6.1	Addition von Aktien- und Partizipationskapital .....	35
3.6.2	Getrennte Betrachtung von Aktien- und Partizipationskapital .....	36
3.6.3	Auf die Aktien beschränkte Berechnung .....	37
4.	Genussscheine.....	37
5.	Vorrechte einzelner Kategorien von Beteiligungsrechten .....	38
5.1	Stimmrechtsaktien.....	38
5.2	Vorzugsrechte von Aktionären und Partizipanten.....	39
6.	Kauf eigener Aktien und Partizipationsscheine .....	42
6.1	Voraussetzungen für den Erwerb eigener Aktien.....	42
6.2	Buchhalterische Behandlung des Erwerbs eigener Aktien.....	43
6.3	Ruhen der Stimmrechte.....	44
7.	Vinkulierung.....	46
7.1	Keine wesentliche Änderung der Vinkulierungsregelung .....	46
7.1.1	Nicht kotierte Aktien .....	46
7.1.2	Kotierte Aktien .....	47
7.2	Ablehnung der Eintragung mit Stimmrecht bei «empty-voting» .....	47
7.2.1	Die statutarische Grundlage für die Anwendung von Art. 658d Abs. 2 OR.....	48
7.2.2	Der Tatbestand des «empty-voting» .....	48
7.2.2.1	Securities Lending.....	49
7.2.2.2	Terminverkauf.....	49
7.2.2.3	Put- oder Call-Rechte.....	49
7.2.2.4	Abgrenzungsprobleme .....	49
7.2.2.5	Kollektive Kapitalanlagen.....	50
7.2.2.6	Absicherungsstrategien .....	50
7.2.3	Vorgehen bei der Geltendmachung des «empty-voting» .....	51
7.2.4	Die Vinkulierung ist auch beim «empty-voting» nur Eingangskontrolle.....	52
7.2.5	Formelle Voraussetzungen für die Anwendung von Art. 658d Abs. 2 OR.....	53
7.3	Verfahren .....	53
7.4	Keine Regelung der Dispoaktien.....	53
8.	Die Ausübung von Rechten aus Aktien gegenüber der Gesellschaft .....	56
8.1	Legitimation zur Ausübung von Rechten.....	56
8.1.1	Namenaktien.....	56
8.1.2	Inhaberaktien – kein Recht auf Anonymität bei der Ausübung von Stimmrechten .....	56
8.2	Vollmachten für die Generalversammlung .....	57
8.2.1	Vollmachten bei nicht kotierten Gesellschaften .....	57
8.2.2	Vollmachten bei kotierten Gesellschaften .....	60
8.2.2.1	Pflicht zur Bestimmung eines unabhängigen Stimmrechtsvertreters .....	61
8.2.2.2	Unabhängigkeitserfordernis .....	62
8.2.2.3	Vollmachtserteilung und Weisung der Aktionäre an den unabhängigen Stimmrechtsvertreter .....	63

8.2.2.4	Formular zur Bevollmächtigung und Weisungserteilung.....	64
8.2.2.5	Transparenz bezüglich Bevollmächtigung .....	64
8.2.2.6	Offenlegung der Abstimmungsweisungen an den Verwaltungsrat .....	65
<b>C.</b>	<b>Veränderung des Kapitals: Kapitalerhöhung, Kapitalherabsetzung und Kapitalband.....</b>	<b>69</b>
1.	Ordentliche Kapitalerhöhung .....	70
1.1	Generalversammlungsbeschluss und Vollzug durch den Verwaltungsrat.....	70
1.1.1	Generalversammlungsbeschluss mit Maximalbetrag .....	70
1.1.2	Vollzug der Kapitalerhöhung durch den Verwaltungsrat.....	71
1.1.3	Frist für den Vollzug der Kapitalerhöhung: sechs Monate .....	72
1.2	Festlegung des Ausgabepreises: Verbot der Benachteiligung einzelner Aktionärinnen .....	73
1.2.1	Preisfestlegung bei Kapitalerhöhungen mit Bezugsrecht .....	74
1.2.1.1	Kapitalerhöhungen bei Gesellschaften mit liquidem Bezugsrechtshandel.....	75
1.2.1.2	Kein Bezugsrechtshandel aufgrund rechtlicher oder faktischer Hindernisse.....	75
1.2.2	Preisfestlegung bei Kapitalerhöhungen mit Entzug des Bezugsrechtes .....	77
1.3	Einzahlung des Ausgabebetrages .....	79
1.3.1	Die Möglichkeiten zur Einzahlung .....	79
1.3.2	Sacheinlage.....	79
1.3.3	Die Regelung der Verrechnungsliberierung .....	79
1.3.3.1	Keine Verrechnungsliberierung ohne Einwilligung der Gesellschaft .....	80
1.3.3.2	Die Verrechnung ist auch mit nicht fälligen Forderungen möglich .....	80
1.3.3.3	Keine Liberierung mit bestrittenen Forderungen.....	80
1.3.3.4	Die Forderung muss zwar gültig bestehen, muss aber nicht werthaltig sein .....	81
1.3.3.5	Offenlegung der Verrechnungsliberierung in den Statuten.....	82
1.3.4	Die Liberierung aus freien Reserven .....	83
1.3.5	Abschaffung der Regeln über die Sachübernahme .....	85
1.4	Bezugsrecht.....	85
1.4.1	Das Bezugsrecht der Aktionärin .....	85
1.4.2	Der Entzug des Bezugsrechtes.....	86
1.4.3	Zusätzlicher Schutz vor unsachlicher Benachteiligung durch den Entzug von Bezugsrechten.....	88
1.5	Regelung der Prospektpflicht im FIDLEG .....	89
2.	Bedingte Kapitalerhöhung .....	89
2.1	Die Begrenzung des bedingten Kapitals .....	90
2.2	Ausweitung des Personenkreises, dem Options- und Wandelrechte eingeräumt werden können .....	91

2.3	Schutz der Aktionärinnen vor Verwässerung .....	92
2.3.1	Das Bezugsrecht bei Aktionärsoptionen .....	93
2.3.2	Vorwegzeichnungsrecht bei Wandel- oder Optionsobligationen .....	93
2.3.3	Keine unsachliche Begünstigung bzw. Benachteiligung von Aktionärinnen .....	95
2.4	Schutz der Wandel- oder Optionsberechtigten .....	96
2.5	Verfahren zur Erhöhung des Kapitals bei Ausübung von Options- und Wandelrechten .....	96
2.5.1	Erleichterung bei der Ausübung von Options- und Wandelrechten .....	96
2.5.2	Keine Veränderung bezüglich Liberierung und Entstehung der neuen Aktien .....	97
2.5.3	Keine Veränderung bezüglich der Feststellung der Kapitalerhöhung .....	97
2.5.4	Streichung des bedingten Kapitals .....	98
3.	Kapitalherabsetzung .....	99
3.1	Arten der Kapitalherabsetzung .....	99
3.1.1	Kapitalherabsetzung mit Rückzahlung an die Aktionärinnen (konstitutive Kapitalherabsetzung) .....	100
3.1.2	Herabsetzung ohne Rückzahlung an die Aktionärinnen (deklaratorische Kapitalherabsetzung) .....	100
3.1.3	Genehmigte Herabsetzung im Rahmen des Kapitalbandes .....	100
3.2	Mindestkapital als Grenze der Kapitalherabsetzung – Berücksichtigung ausländischer Währungen .....	101
3.3	Durchführung der Kapitalherabsetzung mit Auszahlung .....	101
3.3.1	Beschluss der Generalversammlung .....	101
3.3.1.1	Durchführung des Schuldenrufs und Einholung der Prüfungsbestätigung vor der Generalversammlung .....	103
3.3.1.2	Durchführung des Schuldenrufs und Einholung der Prüfungsbestätigung nach der Generalversammlung .....	104
3.3.2	Schuldenruf und die Rechte der Gläubigerinnen .....	105
3.3.2.1	Rückzahlung der Forderung .....	106
3.3.2.2	Sicherstellung der Forderung .....	107
3.3.2.3	Nachweis fehlender Gefährdung .....	107
3.3.3	Prüfungsbestätigung der Revisionsexpertin .....	109
3.3.4	Vollzug der Kapitalherabsetzung .....	112
3.3.5	Ablauf der Kapitalherabsetzung und Zeitverhältnisse in der Praxis .....	113
3.4	Kapitalherabsetzung ohne Auszahlung: Kapitalschnitt und Harmonika in Sanierungsfällen .....	114
3.4.1	Kapitalschnitt bei Unterbilanz .....	115
3.4.1.1	Voraussetzungen für die erleichterte Kapitalherabsetzung und Bestätigung durch einen Revisionsexperten .....	116
3.4.1.2	Erleichterungen .....	117
3.4.1.3	Verfahren .....	118
3.4.2	«Harmonika» – gleichzeitige Herabsetzung und Wiedererhöhung des Kapitals .....	118

3.4.2.1	Verzicht auf die Anwendung der Bestimmung zum Gläubigerschutz.....	119
3.4.2.2	Anwendungen der Bestimmungen über die ordentliche Kapitalerhöhung .....	120
3.4.2.3	Teilweise Einzahlung des neuen Kapitals .....	120
3.4.2.4	Herabsetzung des Aktienkapitals auf null .....	121
3.4.2.5	Bezugsrechte der bisherigen Aktionärinnen.....	121
3.4.2.6	Information der Aktionärinnen.....	122
3.4.2.7	Wiedererhöhung des Kapitals auf einen geringeren als den ursprünglichen Betrag .....	122
4.	Kapitalband/Flexibilisierung des Kapitals .....	123
4.1	Grundlagen und Grenzen des Kapitalbands .....	125
4.2	Laufzeit des Kapitalbandes .....	127
4.3	Der Inhalt der Statutenbestimmung über das Kapitalband .....	128
4.4	Kapitalerhöhungen im Rahmen des Kapitalbandes.....	131
4.4.1	Art der ausgegebenen Beteiligungspapiere.....	131
4.4.2	Ausgabepreis der Aktien.....	132
4.4.3	Art der Liberierung.....	132
4.4.4	Das Bezugsrecht der Aktionärinnen .....	133
4.4.5	Das Vorgehen des Verwaltungsrates bei der Kapitalerhöhung .....	134
4.5	Bedingtes Kapital im Rahmen des Kapitalbandes.....	134
4.6	Die Kapitalherabsetzung im Rahmen des Kapitalbandes.....	135
4.6.1	Art der Herabsetzung.....	135
4.6.2	Durchführung der Kapitalherabsetzung.....	136
4.7	Vollzug der Kapitalerhöhung bzw. -herabsetzung im Rahmen des Kapitalbandes .....	137
4.8	Konsequenzen von Gesetzes- und Statutenverletzung des Verwaltungsrates: Gültigkeit der Kapitaltransaktion aber Verantwortung des Verwaltungsrates .....	138
4.9	Verhältnis des Kapitalbandes zur ordentlichen Kapitalerhöhung und -herabsetzung sowie zum bedingten Kapital .....	141
4.9.1	Beschlüsse der Generalversammlung zur ordentlichen Kapitalerhöhung oder -herabsetzung .....	141
4.9.2	Kapitalerhöhung aufgrund eines bedingten Kapitals .....	141
<b>D.</b>	<b>Rechnungswesen, Dividenden und die Rückforderung unrechtmässiger Ausschüttungen.....</b>	<b>143</b>
1.	Rechnungswesen und Rechnungslegungsvorschriften .....	143
1.1	Anpassung des Rechnungslegungsrechts an andere Bestimmungen der Revision .....	144
1.1.1	Angaben über eigene Aktien .....	144
1.1.2	Angaben über die Abberufung der Revisionsstelle.....	145
1.1.3	Angaben über die Nutzung des Kapitalbandes .....	145
1.1.4	Aufhebung der Bestimmungen über die Angabe von Vergütungen von Verwaltungsrat und Geschäftsleitungsmitgliedern sowie über die Beteiligung von Grossaktionären.....	146

1.2	Die Regelung des Zwischenabschlusses .....	146
1.2.1	Erstellung des Zwischenabschlusses nach dem für den Jahresabschluss angewendeten Standard .....	147
1.2.2	Nicht nur Zwischenbilanz, sondern Zwischenabschluss mit Bilanz und Erfolgsrechnung .....	148
1.2.3	Der Anhang zum Zwischenabschluss .....	149
1.2.3.1	Vereinfachungen und Verkürzungen .....	149
1.2.3.2	Die zusätzliche Angaben im Anhang .....	150
1.2.4	Die Publikation von Quartalsabschlüssen, Kennzahlen und weiteren Angaben zur Entwicklung des Unternehmens .....	151
1.3	Klärung bezüglich der gebundenen Reserven .....	151
1.3.1	Die Schaffung gesetzlicher Reserven .....	152
1.3.1.1	Gesetzliche Kapitalreserven .....	152
1.3.1.2	Gesetzliche Gewinnreserven .....	153
1.3.1.3	Aufwertungsreserven .....	153
1.3.1.4	Sperrung von Reserven aufgrund des Erwerbs eigener Aktien .....	154
1.3.2	Ausschüttung gesetzlicher Reserven an die Aktionäre .....	154
1.4	Freiwillige Gewinnreserven .....	155
1.5	Die Verrechnung von Reserven mit Verlusten .....	156
2.	Aufwertung von Beteiligungen und Immobilien bei Kapitalverlust und Überschuldung .....	157
2.1	Voraussetzungen für die Bewertung .....	158
2.2	Aufwertbare Aktiven und Höchstbetrag der Aufwertung .....	158
2.3	Verbuchung und Sperre des Aufwertungsbetrages .....	159
3.	Dividendenausschüttungen: Die neue Zwischendividende .....	160
3.1	Die Voraussetzungen zur Ausschüttung von Dividenden .....	160
3.2	Voraussetzungen für die Zahlung einer Zwischendividende .....	160
3.3	Abgrenzung zu den aufgrund des letzten Jahresabschlusses ausbezahlten Dividenden .....	162
4.	Rückerstattung von ungerechtfertigten Ausschüttungen und verdeckten Dividenden .....	163
4.1	Rückerstattung von ungerechtfertigten Dividenden und weiteren unzulässigen Ausschüttungen an die Aktionäre .....	163
4.2	Rückerstattung von unzulässigen Leistungen an Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung .....	164
4.3	Verdeckte Ausschüttungen .....	165
4.4	Der bösgläubige Erwerb ist keine Voraussetzung der Rückförderung, Art. 64 OR findet aber Anwendung .....	166
4.5	Aktivlegitimation .....	167
4.6	Verjährung .....	168
<b>E.</b>	<b>Informationsrechte der Aktionärinnen .....</b>	<b>169</b>
1.	Geschäfts- und Revisionsberichte .....	170
1.1	Offenlegung des Geschäftsberichtes .....	170
1.2	Offenlegung der Revisionsberichte .....	171
1.3	Zustellung des Geschäftsberichtes und der Revisionsberichte nach der Generalversammlung .....	172

2.	Auskunfts- und Einsichtsrecht .....	172
2.1	Auskunftsrecht anlässlich der Generalversammlung.....	172
2.1.1	Voraussetzung für das Auskunftsrecht .....	173
2.1.1.1	Angelegenheiten der Gesellschaft .....	173
2.1.1.2	Erforderlich für die Ausübung der Aktionärsrechte ....	174
2.1.1.3	Keine Gefährdung von Geschäftsgeheimnissen und anderen schutzwürdigen Interessen .....	174
2.1.2	Erteilung oder Verweigerung der Auskunft.....	175
2.1.3	Die schriftliche Voranmeldung der Frage ist nicht Pflicht, stärkt aber die Position der Aktionärinnen .....	177
2.2	Auskunftsrecht ausserhalb der Generalversammlung .....	178
2.3	Einsichtsrecht.....	181
2.3.1	Voraussetzungen für das Einsichtsrecht .....	182
2.3.2	Gegenstand des Einsichtsrechtes .....	182
2.3.3	Die Durchführung der Einsicht.....	182
2.3.4	Zulassung bzw. Ablehnung des Einsichtsrechts .....	183
2.3.5	Kein Entscheid der Generalversammlung über das Einsichtsrecht .....	184
2.4	Auskunfts- und Einsichtsklage.....	185
2.5	Transparenz und Gleichbehandlung der Aktionärinnen .....	187
3.	Sonderuntersuchung.....	189
3.1	Sonderuntersuchung auf Beschluss der Generalversammlung.....	190
3.2	Sonderuntersuchung aufgrund einer Sonderuntersuchungsklage .....	191
3.2.1	Die für die Klage erforderliche Beteiligung .....	191
3.2.2	Klagefrist, Zuständigkeit und Verfahrensart .....	192
3.2.3	Formulierung der Fragen, die in der Sonderuntersuchungsklage geklärt werden sollen.....	192
3.2.4	Glaubhaftmachung der Rechtsverletzung .....	193
3.2.5	Glaubhaftmachung der Eignung zur Schadensverursachung.....	195
3.3	Durchführung der Sonderuntersuchung .....	196
3.4	Die Kosten der Sonderuntersuchung .....	198
3.5	Einfluss der Sonderuntersuchung auf hängige Verfahren .....	198
<b>F.</b>	<b>Generalversammlung .....</b>	<b>201</b>
1.	Kompetenzen der Generalversammlung .....	202
1.1	Neue Kompetenzen .....	202
1.1.1	Festsetzung von Zwischendividenden und die Genehmigung des dafür erforderlichen Zwischenabschlusses .....	203
1.1.2	Die Beschlussfassung über die Rückzahlung der gesetzlichen Kapitalreserve .....	203
1.1.3	Die Dekotierung der Beteiligungspapiere der Gesellschaft .....	203
1.2	Neue Kompetenzen bei kotierten Gesellschaften .....	204
1.3	Abwahl von Funktionsträgern durch die Generalversammlung.....	206
2.	Das Recht auf Einberufung der Generalversammlung .....	207
3.	Traktandierungs- und Antragsrecht.....	209
3.1	Traktandierungsrecht .....	209
3.1.1	Grenzwerte für das Traktandierungsrecht.....	209

3.1.2	Frist zur Einreichung von Traktandierungsbegehren .....	210
3.1.3	Gerichtliche Durchsetzung .....	211
3.2	Antragsrecht der Aktionäre .....	211
3.2.1	Anträge an die Generalversammlung.....	211
3.2.2	Aufnahme des Antrags in die Traktandenliste.....	212
3.2.3	Gerichtliche Durchsetzung .....	213
4.	Die Einberufung der Generalversammlung.....	214
4.1	Frist und Inhalt der Einladung.....	214
4.2	Form der Einladung .....	214
4.3	Die Begründung von Anträgen in der Einladung .....	215
4.3.1	Begründung der Anträge des Verwaltungsrates.....	215
4.3.1.1	Begründungspflicht bei kotierten Gesellschaften.....	215
4.3.1.2	Keine Begründungspflicht bei nicht kotierten Gesellschaften .....	216
4.3.2	Begründung von Anträgen der Aktionäre.....	216
5.	Das Prinzip der Einheit der Materie bei Anträgen .....	217
5.1	Die Bedeutung des Prinzips der Einheit der Materie.....	218
5.2	Die Anwendung des Prinzips der Einheit der Materie .....	219
5.3	Verletzungen des Prinzips der Einheit der Materie .....	220
6.	Die Information der Generalversammlung.....	220
6.1	Die Informationspflicht des Verwaltungsrates anlässlich der Generalversammlung .....	221
6.2	Umfang der Informationspflicht anlässlich der Generalversammlung .....	221
6.2.1	Statutenänderungen .....	222
6.2.2	Ausschüttungen .....	222
6.2.3	Wahl des Verwaltungsrates .....	223
6.2.4	Wahl der Revisionsstelle .....	223
6.2.5	Genehmigung der Jahresrechnung, des Lageberichtes und der Konzernrechnung .....	223
6.2.6	Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates .....	223
6.2.7	Kapitalerhöhungen .....	224
6.2.8	Sanierungsmassnahmen.....	224
6.2.9	Fusionsrechtliche Transaktionen .....	225
6.2.10	Basis der Information der Generalversammlung .....	225
6.3	Die Verpflichtung des Verwaltungsrats zu sachlicher und neutraler Information .....	225
6.3.1	Sachlichkeit .....	226
6.3.2	Neutralität .....	226
6.4	Konsequenzen ungenügender Information.....	227
7.	Tagungsort .....	229
7.1	Durchführung der Generalversammlung im In- oder Ausland.....	229
7.2	Die Bestimmung des konkreten Tagungsortes .....	230
7.3	Generalversammlung mit mehreren Tagungsorten .....	232
8.	Verwendung elektronischer Mittel bei der Durchführung der Generalversammlung .....	232
8.1	Teilnahme auf elektronischer Basis und Durchführung einer virtuellen Generalversammlung .....	233



8.1.1	Elektronische Teilnahme von Aktionären an einer physischen Generalversammlung (Hybride Generalversammlung) .....	233
8.1.2	Rein elektronische Durchführung der Generalversammlung (Virtuelle Generalversammlung) .....	235
8.2	Voraussetzungen für den Einsatz elektronischer Mittel .....	236
8.3	Technische Probleme während der Generalversammlung .....	238
8.4	Öffentliche Beurkundung bei virtuellen Generalversammlungen und elektronischer Teilnahme von Aktionären .....	241
9.	Beschlussfassung der Generalversammlung .....	242
9.1	Mehrheitsprinzip .....	242
9.2	Stichentscheid des Vorsitzenden .....	242
9.3	Qualifizierte Mehrheitsanforderungen .....	243
9.4	Traktandierung als Voraussetzung für die Beschlussfassung .....	244
10.	Protokoll der Generalversammlung .....	245
10.1	Inhalt des Protokolls .....	245
10.2	Frist für die Erstellung des Protokolls .....	247
10.3	Bekanntgabe von Beschlüssen bei kotierten Gesellschaften .....	248
11.	Universalversammlung .....	249
12.	Zirkularbeschluss .....	250
<b>G.</b>	<b>Der Verwaltungsrat .....</b>	<b>253</b>
1.	Wahl und Abberufung .....	254
2.	Amtszeit .....	254
3.	Zusammensetzung des Verwaltungsrates: Geschlechterquote .....	255
3.1	Richtwerte der Geschlechterquote .....	255
3.2	Keine Sanktion, aber Offenlegung der nicht erreichten Geschlechterquote .....	257
3.3	Übergangszeit .....	258
4.	Die Rechte des Verwaltungsrates an der Generalversammlung .....	258
5.	Präsidentin des Verwaltungsrates .....	260
5.1	Die Wahl der Verwaltungsratspräsidentin .....	260
5.2	Abwahl der Präsidentin .....	260
6.	Beschlussfassung des Verwaltungsrates, Protokollführung .....	261
6.1	Mehrheitsbildung .....	261
6.2	Persönliche Teilnahme an Willensbildung und Abstimmung .....	262
6.3	Durchführung der Verwaltungsratssitzung .....	262
6.3.1	An einer physischen Sitzung .....	262
6.3.2	An einer Sitzung unter Anwendung elektronischer Mittel .....	262
6.3.3	Durch Zirkularbeschluss .....	263
6.4	Protokoll des Verwaltungsrates .....	264
7.	Kompetenzen und Kompetenzdelegation .....	264
8.	Interessenkonflikte .....	266
8.1	Offenlegung von Interessenkonflikten .....	266
8.2	Massnahmen des Verwaltungsrates .....	267
8.3	Relevanz der Interessenkonfliktregeln für die Haftung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung .....	268
9.	Haftung der Organe .....	269
9.1	Wirkung des Entlastungsbeschlusses – Verlängerung der Klagefrist .....	270

9.2	Verjährung, Berücksichtigung einer laufenden Sonderuntersuchung.....	271
9.3	Die Behandlung von Rangrücktrittsforderungen.....	272

## **H. Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung bei kotierten**

<b>Gesellschaften .....</b>	<b>273</b>
1. Geltungsbereich der Vorschriften über die Vergütung bei kotierten Gesellschaften.....	274
1.1 Kotierte Gesellschaften.....	274
1.2 Nicht kotierte Gesellschaftenn.....	275
2. Vergütungsausschuss.....	276
2.1 Wahl des Vergütungsausschusses.....	276
2.2 Aufgaben des Vergütungsausschusses.....	278
3. Vergütungsbericht.....	278
3.1 Offenlegung von Dienstleistungsentschädigungen für frühere Organe.....	279
3.2 Offenlegung von Zahlungen für Konkurrenzverbote.....	280
3.3 Offenlegung von Beteiligungen an der Gesellschaft.....	280
3.4 Offenlegung von Positionen bei anderen Unternehmen.....	281
4. Statutenbestimmungen über die Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsführung.....	282
4.1 Die maximale Anzahl von weiteren Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungspositionen.....	283
4.2 Die maximale Dauer von Arbeits- und Dienstleistungsverträgen mit Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung.....	284
4.3 Aufgaben und Zuständigkeiten des Vergütungsausschusses.....	284
4.4 Die Abstimmung der Generalversammlung über die Entschädigung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung.....	285
5. Beschluss der Generalversammlung über die Entschädigung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung.....	285
5.1 Der gesetzliche Rahmen für die Statutenbestimmung.....	286
5.2 Beschluss- oder Genehmigungskompetenz der Generalversammlung.....	287
5.3 Der Inhalt des Beschlusses der Generalversammlung: Retrospektive oder prospektive Festlegung der Vergütung.....	288
5.4 Vorgehen bei der Ablehnung der Vergütung.....	289
6. Verträge mit Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitgliedern.....	291
6.1 Verträge mit dem Verwaltungsrat.....	291
6.2 Verträge mit Geschäftsleitungsmitgliedern.....	291
7. Unzulässige Vergütungen.....	292
7.1 Abgangsentschädigungen.....	292
7.2 Übermäßige Entschädigungen aufgrund eines Konkurrenzverbots.....	293
7.3 Nicht marktübliche Vergütungen im Zusammenhang mit einer früheren Tätigkeit als Organ.....	294
7.4 Vergütungen im Voraus.....	295
7.5 Antrittsprämien, die keinen nachweisbaren finanziellen Nachteil kompensieren.....	296
7.6 Provisionen für die Übernahme oder Übertragung von Unternehmen.....	297

7.7	Darlehen, Kredite und Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge und erfolgsabhängige Vergütungen, deren Grundsätze in den Statuten nicht vorgesehen sind .....	299
7.8	Zuteilung von Beteiligungspapieren, Wandel- und Optionsrechten, deren Grundsätze in den Statuten nicht vorgesehen sind.....	300
8.	Unzulässige Vergütungen im Rahmen von Konzernen.....	300
9.	Unzulässige Leistungen an nahestehende Personen.....	301
<b>I.</b>	<b>Vorgehen bei finanziellen Problemen: Zahlungsunfähigkeit, Kapitalverlust und Überschuldung .....</b>	<b>303</b>
1.	Die Sanierungspflicht des Verwaltungsrates.....	304
2.	Massnahmen bei drohender Zahlungsunfähigkeit: Art. 725 OR .....	306
2.1	Pflicht des Verwaltungsrates zur Überwachung der Liquidität .....	307
2.2	Vorgehen bei drohender Zahlungsunfähigkeit .....	308
2.2.1	Der Begriff der drohenden Zahlungsunfähigkeit .....	309
2.2.2	Massnahmen bei drohender Zahlungsunfähigkeit .....	309
2.2.2.1	Konsequente Liquiditätsplanung.....	310
2.2.2.2	Stundungsvereinbarung mit Gläubigerinnen.....	311
2.2.2.3	Verbesserte Liquiditätsbewirtschaftung und Devestitionen .....	312
2.2.2.4	Betriebliche Massnahmen zur Ertragssteigerung und Liquiditätserhaltung .....	313
2.2.2.5	Fremdfinanzierung.....	314
2.2.2.6	Kapitalerhöhung.....	314
2.2.2.7	Nachlassstundungsgesuch .....	315
2.3	Beschleunigungsgebot .....	315
3.	Massnahmen bei Kapitalverlust .....	316
3.1	Begriff des Kapitalverlustes.....	316
3.2	Die Jahresrechnung als Grundlage für die Feststellung eines Kapitalverlustes.....	318
3.3	Die Verpflichtungen des Verwaltungsrates, Massnahmen einzuleiten.....	319
3.3.1	Verrechnung von Reserven mit Verlusten .....	320
3.3.2	Deklaratorische Kapitalherabsetzung ohne Auszahlung an die Aktionärinnen.....	321
3.3.3	Aufwertung von Aktiven .....	321
3.3.4	Auflösung unnötiger Rückstellungen und Wertberichtigungen .....	322
3.3.5	Kapitalerhöhung durch Verrechnung mit Fremdkapital.....	322
3.3.6	Kombination mit Massnahmen zur Verbesserung der Liquidität .....	323
3.4	Keine Pflicht zur Durchführung einer Generalversammlung .....	323
3.5	Beschleunigungsgebot .....	323
4.	Handlungspflichten des Verwaltungsrates bei Überschuldung .....	324
4.1	Der Begriff der Überschuldung.....	324
4.2	Verpflichtungen des Verwaltungsrates bei Überschuldung.....	326
4.2.1	Bilanzerstellung bei begründeter Besorgnis einer Überschuldung.....	326

4.2.2	Prüfung des Zwischenabschlusses .....	327
4.2.3	Konkursanmeldung bei Überschuldung.....	328
4.2.4	Aufschub der Konkursanmeldung aufgrund von Sanierungsaussichten.....	328
4.2.4.1	Begründete Aussicht auf Sanierung .....	329
4.2.4.2	Keine zusätzliche Gefährdung der Gläubigerinnen.....	329
4.2.4.3	Keine Überschreitung der Frist von 90 Tagen .....	330
4.2.5	Verzicht auf die Konkursanmeldung bei Sanierung oder Rangrücktritt von Gläubigerinnen .....	332
4.2.5.1	Sanierung .....	333
4.2.5.2	Rangrücktritt von Gläubigerinnen.....	333
4.3	Zeitgerechtes Handeln/Beschleunigungsgebot.....	335
4.4	Haftungsrisiko des Verwaltungsrates.....	335
4.5	Sanierungsmassnahmen zur Beseitigung einer Überschuldung .....	337
4.6	Wegfall des aktienrechtlichen Konkursaufschubs.....	338
5.	Kritische Betrachtung der Regeln zur finanziellen Krise und Konkursauslösung.....	338
<b>J.</b>	<b>Transparenzvorschriften im Corporate Social Responsibility Bereich.....</b>	<b>341</b>
1.	Corporate Social Responsibility und Aktienrecht .....	343
1.1	Corporate Social Responsibility – neue Pflichten für Unternehmen.....	343
1.2	Shareholder Value oder Stakeholder Value?.....	344
1.3	What Gets Measured Gets Done: Das «Triple Bottom Line Reporting» .....	345
1.4	Verwirklichung von CSR-Konzepten im Aktienrecht.....	347
2.	Die allgemeine Berichterstattung über nichtfinanzielle Belange («CSR-Bericht»).....	349
2.1	Anwendungsbereich der CSR-Berichterstattung.....	350
2.1.1	Gesellschaften des öffentlichen Interesses i. S. v. Art. 2 RAG .....	351
2.1.1.1	Publikumsgesellschaften.....	351
2.1.1.2	Unternehmen, die im Rahmen von Art. 3 FINMAG durch eine gemäss Art. 9a RAG zugelassene Prüfgesellschaft geprüft werden müssen .....	352
2.1.2	500 Vollzeitstellen.....	352
2.1.3	Grössenkriterien .....	353
2.1.4	Befreiung von der Berichterstattungspflicht bei Aufnahme in einen konsolidierten Bericht .....	354
2.2	Der Inhalt des CSR-Berichtes .....	355
2.2.1	Bereiche der Berichterstattung.....	355
2.2.1.1	Umweltbelange und CO <sub>2</sub> -Ziele.....	355
2.2.1.2	Sozialbelange .....	356
2.2.1.3	Arbeitnehmerbelange .....	357
2.2.1.4	Achtung der Menschenrechte.....	358
2.2.1.5	Bekämpfung der Korruption .....	360

2.2.1.6	Schweizerische und internationale Normen als Massstab für das Verhalten, unabhängig von lokalen Gegebenheiten.....	360
2.2.2	Informationen über die Tätigkeit des Unternehmens in den für die Berichterstattung relevanten Bereichen .....	361
2.2.2.1	Beschreibung des Geschäftsmodells .....	361
2.2.2.2	Beschreibung der Konzepte und Vorgehensweisen zur Sorgfaltsprüfung sowie der Ergebnisse.....	361
2.2.2.3	Beschreibung der Risiken sowie des Risikomanagements .....	363
2.2.2.4	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren .....	364
2.3	Die Verwendung von Regelwerken .....	365
2.4	Konsolidierte Berichterstattung.....	366
2.5	Comply or Explain.....	366
2.6	Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Berichtes.....	367
2.6.1	Erstellung und Unterzeichnung durch den Verwaltungsrat .....	367
2.6.2	Genehmigung durch die Generalversammlung.....	368
2.6.3	Veröffentlichung.....	368
3.	Transparenz- und Sorgfaltpflichten bezüglich Kinderarbeit.....	369
3.1	Anwendungsbereich der Bestimmungen über Kinderarbeit.....	370
3.1.1	KMU-Ausnahme mit Einschränkungen.....	370
3.1.2	Ausnahme für Unternehmen mit geringem Risiko .....	371
3.1.3	Die konkrete Verdachtsprüfung.....	372
3.1.4	Die Prüfung nach einem international anerkannten Regelwerk.....	373
3.1.5	Prüfschema für die Unterstellung von Unternehmen.....	374
3.2	Die Sorgfaltsprüfungspflicht.....	375
3.2.1	Lieferkettenpolitik .....	375
3.2.2	System zur Rückverfolgung der Lieferkette .....	377
3.2.3	Meldeverfahren/Whistleblowing .....	378
3.2.4	Risikomanagement .....	378
3.2.5	Verantwortung für die Sorgfaltsprüfung.....	378
3.3	Berichterstattung .....	379
3.3.1	Inhalt des Berichtes .....	379
3.3.2	Keine Pflicht zur externen Prüfung .....	379
3.3.3	Verantwortung für die Erstellung des Berichtes.....	380
3.3.4	Keine Genehmigung durch die Generalversammlung .....	380
3.3.5	Veröffentlichung des Berichtes .....	380
4.	Transparenz bei Rohstoffunternehmen .....	380
4.1	Betroffene Unternehmen .....	381
4.1.1	Tätigkeit in der Rohstoffgewinnung .....	381
4.1.2	Grössenkriterien .....	383
4.1.3	Keine Berichterstattungspflicht bei Einbezug in einen konsolidierten Bericht.....	383
4.2	Inhalt des Transparenzberichtes .....	384
4.2.1	Der Begriff der staatlichen Stelle.....	385
4.2.2	Die vom Bericht erfassten Zahlungen.....	385
4.2.3	De-Minimis Ausnahme.....	387
4.3	Form und Veröffentlichung des Transparenzberichtes.....	387

4.4	Die Verantwortung des Verwaltungsrates.....	388
4.5	Keine Prüfung und keine Genehmigung durch die Generalversammlung...	389
5.	Transparenz- und Sorgfaltspflichten bezüglich Mineralien und Metallen aus Konfliktgebieten .....	389
5.1	Anwendungsbereich.....	390
5.1.1	Einfuhr oder Verarbeitung von Metall und Mineralien aus Hochrisikogebieten.....	390
5.1.2	Grenzwerte .....	391
5.1.3	Sorgfaltsprüfung und Berichterstattung nach internationalem Standard .....	392
5.1.4	Prüfschema für die Unterstellung von Unternehmen .....	392
5.2	Sorgfaltsprüfungspflicht.....	393
5.2.1	Die Lieferkettenpolitik des Unternehmens .....	393
5.2.2	System zur Rückverfolgung der Lieferkette .....	395
5.2.3	Meldeverfahren und Risikomanagement .....	395
5.2.4	Verantwortung für die Sorgfaltsprüfung.....	396
5.2.5	Externe Prüfung.....	396
5.3	Berichterstattung .....	396
6.	Inkrafttreten/erstmalige Berichterstattung gemäss Art. 964a ff. OR .....	396
7.	Strafbestimmungen .....	396
7.1	Verletzung der allgemeinen CSR-Berichterstattungspflicht oder der Berichterstattungspflicht betreffend Kinderarbeit und Konfliktmaterialien .....	397
7.2	Verletzung der Vorschriften betreffend Berichterstattung über Zahlungen an staatliche Stellen (Rohstoffunternehmen) .....	398
<b>K.</b>	<b>Zivilprozessuale Vorschriften .....</b>	<b>401</b>
1.	Änderungen beim vorsorglichen Rechtsschutz: Abschaffung der Handelsregistersperre.....	402
1.1	Die Bedeutung des einstweiligen Rechtsschutzes im Aktienrecht.....	402
1.2	Kurzes Zeitfenster für den einstweiligen Rechtsschutz.....	403
1.3	Die Abschaffung der Handelsregistersperre.....	404
1.4	Superprovisorische Massnahmen .....	405
1.4.1	Verfügungsanspruch.....	406
1.4.2	Verfügungsgrund.....	407
1.4.3	Besondere Dringlichkeit .....	407
1.4.4	Das Rennen gegen die Zeit .....	408
1.5	Gegenmassnahmen der Gesellschaft .....	409
1.5.1	Einreichen einer Schutzschrift.....	409
1.5.2	Begehren um Sicherheitsleistung.....	410
1.5.3	Hohe Geschwindigkeit beim Vollzug einer ordentlichen Kapitalerhöhung.....	410
1.5.4	Weitere Vorkehrungen von Aktionärinnen, die zwei Drittel der Stimmen halten.....	411
1.5.4.1	Einsatz des Kapitalbandes.....	411
1.5.4.2	Die Einführung eines Schiedsgerichtes .....	412
2.	Statutarische Schiedsgerichtsklausel.....	412
2.1	Die Einführung einer statutarischen Schiedsklausel.....	413
2.2	Anwendungsbereich statutarischer Schiedsgerichtsklauseln .....	414
2.2.1	Betroffene Personen (subjektiver Anwendungsbereich) .....	414

2.2.2	Betroffene Ansprüche (objektiver Anwendungsbereich).....	415
2.2.3	Der Anwendungsbereich der Schiedsklausel umfasst auch Verfahren des summarischen Verfahrens.....	417
2.2.4	Die Zuständigkeit für vorsorgliche Massnahmen .....	417
2.3	Das Schiedsverfahren.....	419
2.3.1	Anwendung der ZPO, Ausschluss der IPRG-Regelung.....	419
2.3.2	Verfahrensordnung .....	420
2.3.3	Beschränkte Rechtsmittel .....	420
2.3.4	Keine Kompetenz des Schiedsgerichtes zur Anordnung von Zwangsmassnahmen.....	421
2.3.5	Der Einbezug von Drittpersonen in das Schiedsverfahren.....	422
2.3.5.1	Informationen direkt betroffener Personen .....	423
2.3.5.2	Mitwirkungsrechte der direkt betroffenen Personen .....	424
<b>Sachregister .....</b>		<b>427</b>